

DeMar: 31. Okt.: 129675000000 - 130325000000
 DeMar: 1. Nov.: 319200000000 - 320800000000
 1 Goldmark: = 76190476190 Papiermark

Agree der Reichsregierung verhandeln, der baldige Verhandlung in Aussicht stellt.

Ausnahmeverordnung für Sachsen aufgehoben.

Die neue Regierung in Sachsen hat mittlerweile ihr Amt angetreten. Der Reichskommissar Dr. Heinze hat seine Funktionen eingestellt und der Reichspräsident die besondere Verordnung für Sachsen aufgehoben, wie folgende amtliche Mitteilung besagt:

Der Reichspräsident hat, nachdem inzwischen in Sachsen eine neue Regierung gebildet worden ist, durch Verordnung die am 29. 10. auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaats Sachsen wieder aufgehoben.

Die Thüringer Staatsregierung hat an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßigen Zustände in Bayern wiederherzustellen. Wie die Regierung ausdrücklich versichert, ist eine Aufforderung, gegen Bayern vorzugehen, seitens der Thüringischen Regierung an die Reichsregierung nicht ergangen. Dagegen sei zur Begründung des Ersuchens, die verfassungsmäßigen Zustände in Bayern wiederherzustellen, eine erhebliche Menge Material seitens der Thüringischen Regierung gesammelt worden, das der Reichsregierung übermittelt werden wird.

Das neue sächsische Kabinett.

Ministerpräsident Zemisch.

In einer durch Vertagung unterbrochenen Nachsitzung wurde nach langen Verhandlungen der Parteien untereinander der an die Stelle Dr. Reigers tretende neue Ministerpräsident gewählt, und zwar mit 46 Stimmen gegen 18 Stimmen. Die Liste der Kabinettsmitglieder ist:

Präsident: Ministerpräsident; Feld: Finanzminister; Krieg: Wirtschaftsminister; Neu: Justizminister; Reichner: Kultusminister; Grunpe: Arbeitsminister; Liebmann: Innenminister. Das Kabinett besteht nur aus Sozialdemokraten.

Im Hause waren anwesend 71 Abgeordnete, die Deutschnationalen verließen vor der Abstimmung den Saal, die Kommunisten enthielten sich der Abstimmung, 18 Stimmen der Deutschen Volkspartei entfielen auf den Volksparteiler Kaiser. Sozialdemokraten und Demokraten stimmten für Zemisch. Die Demokraten hatten vorher eine entsprechende Erklärung abgegeben. Das Haus wurde dann auf den 6. November vertagt.

Dem Vernehmen nach ist der Reichskommissar Dr. Heinze nach Berlin gereist, um mit dem Reichskanzler wegen der formalen Lösung der sächsischen Krise zu verhandeln.

Poincarés neues Manöver.

„Augenblickliche“ Zahlungsfähigkeit.

In der Antwort Poincarés an England über die Sachverständigenkonferenz zur Feststellung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands nimmt er den Vorschlag zwar an, macht aber ein Vorbehalt, er verlange jetzt, daß in dem Text der Einladung an Amerika eine kleine, aber bedeutungsvolle Abänderung vorgenommen werde. Der englische Text spricht von einer Sachverständigenkonferenz zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Zu dem Wort „Zahlungsfähigkeit“ soll nun der Zusatz „augenblicklich“ gemacht werden.

Das würde natürlich von vornherein der ganzen Aktion die Spitze abbrechen, indem wieder nicht über die Gesamtschuld Deutschlands verhandelt werden könnte.

Unglaubliche Zustände am Rhein.

Plündernde Sonderbänder.

Unter dem Druck der bewaffneten Söldnertruppen der Sonderbänder stellen sich in Kreisfeld die ungläublichsten Verhältnisse heraus, unter denen die Geschäftsleute und Ladenbesitzer schwer zu leiden haben, von denen sie sogar unter Umständen zugrunde gerichtet werden. Truppen bewaffneter Sonderbänder nehmen allenthalben Requisitionen vor, bei denen Kleidung, Schuhe usw. im Werte von vielen Millionen Mark gegen Hinterlegung wertloser Scheine mitgenommen werden. Auch Kohlentransporte für die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke wurden geplündert. Der dadurch entstandene Schaden wird auf 30 bis 40 Millionen Mark geschätzt. Ferner wurde Vieh weggetrieben und auf dem städtischen Schlachthof abgeschlachtet.

Franzosenegzer in Mainz.

In der Nacht zum Dienstag wurden etwa 150 Kräfte und Erwerbslose, die der Stadtverwaltung eifersüchtig der Gewerkschaften zum Schutz der Notendruckerei in den betreffenden Druckereien zur Verfügung gestellt worden waren, um weiteren Mäuerereien der Separatisten vorzubeugen, angeblich wegen Übertretung der französischen Verordnung (Aufhebung) von französischen Kriminalbeamten und schwer bewaffneten französischen Soldaten nach den schwersten Mißhandlungen in das Gefängnis gebracht.

Am Mittwoch nachmittag wurde der bekannte Führer der Fremdbündler, Dr. Kremer, als er in einem Auto die Lensoer Straße in Köln passierte, angehalten und von vier deutschen Polizisten in Schußhaft genommen, weil befohlen wurde, daß er erkannt und belästigt werden dürfe. Man fand bei ihm einen Waffenchein.

6000 Billionen geraubt.

Durch Franzosen und Belgier.

Aber die Wegnahme großer Geldbeträge durch die Franzosen und Belgier wird zusammenfassend halbdamisch mitgeteilt: Am 24. Oktober requirierten die Belgier auf Befehl des kommandierenden Generals der belgischen Besatzungsarmee in der Reichsbankstelle Krefeld den Betrag von 100 Billionen Mark. Auf der Reichsbankstelle Düsseldorf beschlagnahmten die Franzosen am 25. Oktober 200 Billionen Mark, und am 26. weitere 430 Billionen Mark. Am 25. Oktober sind französische Kriminal-

beamte in Begleitung einer Anzahl Soldaten in die Druckerei von Marks in Rülheim (Ruhr) eingedrungen und haben dort 350 Billionen Mark Reichsbanknoten fortgenommen. Am 25. Oktober ließ die belgische Besatzungsbehörde in der Reichsbankstelle Krefeld 15 Billionen Mark und am 27. Oktober 150 Billionen Mark beschlagnahmen. Am 26. Oktober haben sich die Franzosen in der Druckerei von A. Ordet in Essen eines Betrages von 500 Billionen Mark Reichsbanknoten bemächtigt. Die Franzosen haben am 1. November einen für die Reichsbankstelle Krefeld bestimmten Geldtransport im Betrage von 3900 Billionen Mark fortgenommen. Der Gesamtbeitrag der von den Franzosen und Belgiern „beschlagnahmten“ Reichsbankgelder hat damit die Ziffer von 6000 Billionen überschritten.

Die Reparationen.

Amerika soll präsidieren.

Der englische Außenminister Curzon hat dem amerikanischen Vorkaufmann mitgeteilt, daß die Alliierten einstimmig die Vereinigten Staaten ersuchen werden, den Vorsitzenden für einen Sachverständigenausschuß zu ernennen, der unter den von Poincaré vorgeschlagenen Bedingungen und im Auftrage der Reparationskommission Deutschlands Leistungsfähigkeit prüfen soll.

Ein Schritt vorwärts?

Da der amerikanische Präsident Coolidge erklärt hat, daß Frankreichs Vorschläge keine Abweichung der amerikanischen Bedingungen darstellen und daß ein Sachverständigenausschuß der ganzen Welt einen ausföhrlichen Weg weisen werde, um die Reparationsfrage endgültig zu lösen, wird von englischer Seite vor dem Zusammentritt der Kommission kein diplomatischer Versuch mehr unternommen, Poincaré zur Änderung seiner Vorbehalte zu veranlassen. Poincaré hat dem englischen Standpunkt insoweit nachgegeben, als er mit der Ernennung des Amerikaners zum Vorsitzenden des Ausschusses einverstanden ist. Dadurch wird die Aufstellung eines Arbeitsplanes und des einzuschlagenden Verfahrens in die Hand einer sachverständigen Persönlichkeit gelegt, die nach englischer Ansicht dafür Sorge tragen wird, daß die Arbeiten der Kommission nicht völlig ergebnislos sein werden.

Vor einigen Tagen wurde aus New York mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten dem Londoner Kabinett eine Note in der Reparationsfrage zustellen würden. Man glaubt zu wissen, daß diese Note jetzt in London von dem amerikanischen Gesandten überreicht wurde, der bei dieser Gelegenheit mit Lord Curzon ein längeres Gespräch führte.

Dem Vernehmen nach wird der aus internationalen Sachverständigen zusammenberufene Prüfungsausschuß für die augenblickliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zunächst seine Tätigkeit in Paris, am Sitz der einladenden Reparationskommission, beginnen und dann in Berlin fortsetzen.

Wird Getreide ins Ausland verschoben.

Fast könnte man es glauben! Nicht von den Landwirten, das ist ohne weiteres klar. Aber, an wem liefert der Landwirt? Wenn nicht an bekannte Großhändler, so doch vielleicht an die Reichsgetreidestelle? — Der „M. A.“ bringt folgende beachtenswerte Nachricht:

In den letzten 14 Tagen sind aus dem Hafen von Stettin und Gohlow circa 160.000 Zentner Getreide nach Rotterdam in Holland verschifft worden. Abseher soll, nach bestimmten Zusicherungen, welche uns gegeben wurden, die Reichsgetreidestelle sein. Das Getreide soll für die Lebensmittelversorgung der Ruhrbevölkerung bestimmt sein. Man kann das glauben. Man kann auch Zweifel daran haben. Zum mindesten ist es in dieser Zeit, wo die städtische Bevölkerung nach Lebensmitteln schreit, sehr ungeschickt, das Getreide in ein innerdeutsches Gebiet auf dem Seewege zu verschicken. Die mit der Verladung beschäftigte Arbeiterschaft und alle Kreise, denen die Verschiffung bekannt wird, kommen von dem Verdacht nicht los, daß ein Teil des Getreides den Bestimmungsort in Deutschland nicht erreicht. In der gegenwärtigen kritischen Zeit aber müssen zum mindesten beherrschende Stellen alles vermeiden, was den Verdacht erwecken kann, als würden die deutschen Lebensmittel ins Ausland verschoben. Vom Staat aber ist zu fordern, daß in dieser gegenwärtigen Zeit des Hungers die Verschiffung der Lebensmittel ins Ausland mit dem Tode bestraft wird.

Die Goldmarkfahrpreise der Reichsbahn

Vom 1. November ab berechnet, wie wiederholt berichtet wurde, die Reichsbahn die Fahr- und Frachtpreise nach Goldmark. Da der Kurs der Goldmark sich täglich ändert oder doch ändern kann, wird man, wenn man die Goldmark in Papiermark umrechnet, mit täglicher Veränderung der Fahrpreise, der Frachten und der Sätze für Gepäck und Güter zu rechnen haben. Eine begrenzte Stabilität der Fahrpreise ist dadurch gegeben, daß die viertägige Gültigkeit der Fahrkarten erhalten bleibt. Wer sich also gleich Fahrkarten für die Rückfahrt mitnimmt, ist gegen das Risiko, daß die Preise für die Heimfahrt höher sind, gesichert, muß aber darauf verzichten, die Vorteile eines Fahrpreisrückganges infolge Senkung des Dollarkurses zu genießen.

Um einen Begriff von den neuen Goldmarkpreisen zu geben, teilen wir in nachstehender Tabelle die Preise mit, die für Schnellzugfahrten dritter Klasse von einigen wichtigeren Städten des Reiches nach Berlin zu zahlen sind:

von	nach Berlin	In Goldmark 3. Klasse
von Stettin		5,50
Magdeburg		5,70
Leipzig		6,90
Dresden		7,50
Hannover		10,10
Erfurt		10,50
Hamburg		11,10
Dresden		12,50
Kassel		13,60
Dortmund		16,90
Essen		18,00
Frankfurt a. M.		19,30
Köln		20,60
Rödingsberg i. Br.		21,30
Stuttgart		23,10
München		23,10
Freiburg i. Br.		28,60
Konstanz		30,50

wenigstens worden, wenn nicht die Befehlsmacht der Wehrmacht und überhaupt zum Erfolg geführt hätten. Also sollen sich und haben sich die Dinge im Rheinland genau so abgepielt wie vor 2½ Jahren, als am 2. Mai 1921 der Völk in Oberschlesien eintraf, das den Besatzungsmächten, den Franzosen, Engländern und Italienern, durch den Versailler Vertrag übergeben worden war, und das man uns dann doch, trotz Volksabstimmung und gegen die Volksabstimmung entzogen hat. Volksabstimmung, — das spukt auch jetzt schon herum. Auch Smets ist dafür, aber diejenigen, die gegen die Rheinische Republik stimmen wollen, vor allem also die Führer der Gegenbewegung, sollen vorher ausgetrieben werden. Man denkt an jene Fälschung von hundertsüßigtausend Unterschriften, die im Saargebiet „gesammelt“ wurden, und in denen um den Anschluß des Saargebietes an Frankreich gebeten wurde. Man hat Paris in diesen Volksabstimmungen. Sie sind, von außen betrachtet, ein wunderbarer Mantel, hinter der sich der nackte egoismus machtpolitischer Ziele verbirgt. Und es würde ein Mangel an dem Bilde sein, wenn man nicht auch noch den Völkerverbund zur Aktion für diesen Zweck einsehen will.

Das Rheinland ist in Gefahr. Wie eine Archibankheit kriecht sich die Regie der Eisenbahnen immer tiefer hinein in den geschwächten Volkskörper; der Frankenkrollt. Alles muß daran gesetzt werden, daß das Rheinland und das Ruhrgebiet nicht den Gang geht, den das Saargebiet eingeschlagen hat, und der diese Länder in die willig geöffneten Arme Frankreichs führen würde. Freilich entscheidet auch hier nicht das Wort, auch Englands nicht, nicht ein Protekt, sondern auch hier nur der Wille. Worte und Proteste in die Tat umzusetzen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neuregelung der preussischen Gewerbesteuer.

Der vom Landtag beantragte Ausschuss beschloß, eine Anzahl Vorschläge zur Reform zu machen. Der Ausschuss erklärte sich einverstanden damit, daß wie bisher die freien Berufe befreit sein sollen. Er beschloß, daß alle Genossenschaften einschließlich der Konsumvereine, welche bisher unter besonderen Voraussetzungen von der Gewerbesteuer frei waren, gewerbesteuerpflichtig werden sollen. Ferner nahm der Ausschuss grundsätzlich die Stellung, daß es wünschenswert sei, bei einzelnen Gewerbetreibenden einen Abzug vom Ertrag zuzulassen, der dem Arbeitsverdienst des Geschäftsinhabers entspricht. Bei einem Handwerker, der ohne fremde Hilfskräfte arbeitet, soll ein derartiger Abzug auf jeden Fall stattfinden.

Einschränkung der Betriebsabgabe.

Der Finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm einen Antrag über die Betriebsabgabe an. Der Antrag ersucht die Reichsregierung, baldige Maßnahmen zu treffen, daß in Fällen, in welchen die Existenz eines gewerblichen Unternehmers gefährdet erscheint, für diejenigen Arbeiten, für welche nachweisbar durch einen vor dem 1. September d. J. abgeschlossenen Lieferungsvertrag ein Preis für herzustellende Arbeiten vereinbart war, die Betriebsabgabe erlassen bzw. ermäßigt wird.

Aus In- und Ausland.

München. Durch Anordnung des Generalkommissars wurden die Polizeibehörden ermächtigt, in geeigneten Fällen die Abhaltung öffentlicher politischer Versammlungen in geschlossenen Räumen zu gestatten. Wer den vorgeschriebenen Bedingungen zuwiderhandelt, wird mit Geldbuße oder Gefängnis bestraft.

Düsseldorf. Nach einer Meldung hat Krupp v. Bohlen und Halbach, der von der Besatzungsbefehlshaber auf freien Tage in Freiheit gesetzt worden war, sich im Düsseldorf Gefängnis wieder eingeschlossen. Er wurde darauf wiederum für sieben Tage provisorisch freigelassen.

Berlin. Die Firma Krupp hat ihre sämtlichen Eisensteingruben stillgelegt. Sämtliche Arbeiter sollen ihre Entlassungspapiere erhalten.

Sozialdemokratische Wünsche.

Der Reichskanzler erkrankt!

Eine endgültige Lösung der inneren Schwierigkeiten hat sich trotz der merklichen Entspannung in Sachsen noch nicht gefunden, da die für Donnerstag angeordneten Verhandlungen infolge Erkrankung des Kanzlers verschoben werden mußten.

Reichskanzler Dr. Stresemann ist seit Dienstag bettlägerig. Die außerordentliche Ansammlung, die seine Amtstätigkeit erfordert, hat sein Herz derartig angegriffen, daß er nach dringendem ärztlichem Rat einige Tage der Schonung bedarf.

Die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dehnte sich am Mittwoch bis spät in den Abend hinein aus. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Vorgänge in Sachsen und Bayern. Das Ergebnis der Aussprache war schließlich folgende Formulierung von

drei Forderungen:

„Die sozialdemokratische Fraktion kann in der Koalition nur bestehen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden: 1. Aushebung des militärischen Ausnahmezustandes. 2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayerischen Nachthaber offen als Verfassungsbruch und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die notwendigen Schritte gegen Bayern. 3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachsen ist Aufgabe der Schutzpolizei. Reichswehrhilfe ist nur auf Anforderung des Inhabers der Büllgewalt heranzuziehen. Neuerdings in die Reichswehr eingestellte Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.“

Die beiden folgenden Fragen sollen außerdem noch zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden. 1. Die Gewährung wertbeständiger Löhne ist schleunigst zu regeln. 2. Die Landwirte sind zur Lieferung von Nahrungsmitteln zu zwingen, die offen zutage tretende Sabotage des Landbundes und der Landwirte sei zu bekämpfen. Donnerstag erschienen die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller, Weis und Breitscheid in der Reichskanzlei, um über den Fraktionsbeschluss mit dem Reichskanzler zu verhandeln. Sie konnten den erkrankten Reichskanzler jedoch nicht sprechen, sondern nur mit dem